

8 POLITIK

23.7.-29.7.

Falter 30/04

Schüssels Schatzis

ÖVP Von wegen Harmonisierung! Bauern und Selbstständige zahlen weniger für ihre Pensionen ein, über die Beamten wurde noch nicht einmal verhandelt. Die Liebkinder der Volkspartei bekommen immer eine Extrawurst.

EVA WEISSENBERGER und NINA WEISSENSTEINER

Und das geht so: Die ÖVP knallt eine „Tischvorlage“ hin. Sie behauptet, der Entwurf sei längst mit einem wichtigen Freiheitlichen, der zufällig gerade nicht am Verhandlungstisch sitzt, akkordiert. In der Regel können die Blauen nur noch nicken. „Ein paar Tage danach, wenn alles zu spät ist“, schimpft ein Mitarbeiter eines FPÖ-Ministers, „streiten sich dann unsere Blinden mit unseren Einäugigen, wer an den Grauslichkeiten schuld ist.“

Oder es geht so: Die ÖVP knallt eine „Tischvorlage“ hin. Moniert das Gegenüber zusätzliche Einschnitte bei der schwarzen Stammwählerschaft, wie sich ein Grüner an die Regierungsverhandlungen erinnert, erklären die Bürgerlichen: „Wenn, dann müsst's ihr das angreifen. Wir machen uns die Hände damit sicher nicht schmutzig.“

Mit diesen zwei Strategien bringt die Volkspartei immer wieder ihre Schäfchen ins Trockene. So auch letzte Woche.

Seit die Regierung ihren Entwurf zur Harmonisierung der Pensionsysteme vorgelegt hat, gibt es Zank und Hader. Zufrieden mit dem „fairen Modell“ ist eigentlich nur Wolfgang Schüssel. Die FPÖ tobt, weil sie erst nach der Präsentation draufkam, dass ihre Zielgruppe, die Schwerstarbeiter,

ordentlich geschröpft wird, wenn sie früher in Pension gehen will. Rot und Grün echauffieren sich sowieso über die „schwarze Klientelpolitik“. Und sogar in der Kanzlerpartei pudeln sich diesmal Funktionäre auf, weil Schüssels Schatzis schon wieder ungeschoren davontämen. Karl Klein, der Vorsitzende der Fraktion Christlicher Gewerkschafter, husst etwa gegen „Selbstständige und Bauern“

und fordert, dass diesen die Subventionen gekürzt werden. Der Tiroler Arbeiterkammer-Chef Fritz Dinkhauser grantelte, weil die Harmonisierung ausschließlich „auf Kosten der Buckler, der ASVGler“ gehe, Beamte hingegen blieben verschont. „Schüssel spielt die verschiedenen Gruppen gegeneinander aus“, meint Dinkhauser. „Teile und herrsche – das haben schon die Römer gekonnt, das bringt der kleine Napoleon auch noch zusammen.“

Obwohl die Regierung mehr als ein Jahr an der Vereinheitlichung der Pensionen bastelte, kommen einige nun erst recht wieder besser weg: Während Arbeiter und Angestellte 22,8 Prozent Pensionsbeitrag blechen, zahlen Bauern und Selbstständige künftig 15 beziehungsweise 17 Prozent, den Rest legt der Staat für sie drauf (siehe Kasten). Der große Brocken, die Beamten, wurde noch nicht einmal verhandelt. Warum gibt es für die Liebkinder der Volkspartei ständig eine Extrawurst? Alle müssen bluten, nur Beamte, Bauern, Unternehmer und traditionelle Familien werden verschont.

Bei den Staatsdienern sollen im Zuge der Harmonisierung nebst Übergangsfristen und Schwerstarbeiterregelung nun auch gleich höhere Einstiegsgehälter und die Einführung von Abfertigungen mitbehandelt werden. Dafür wird die



Falter 30/04

mächtige, ÖVP-dominierte Beamten-
gewerkschaft sorgen. Von ihrem Gehalt
zahlen öffentlich Bedienstete zwar
schon bisher etwas höhere Pensions-
beiträge als Angestellte der Privatwirt-
schaft, und sogar ihre Rentner lieferten
einen kleinen Prozentsatz bei der Pen-
sionsversicherung ab. Summa sum-
marum finanzieren sich ASVG-Versi-
cherte aber zu achtzig Prozent ihre
Pensionen, während Beamte dies nur
zu 47 Prozent tun. Darauf entgegnet
Beamtengewerkschafter, dass die
Staatsdiener schließlich weniger
verdienten, die Harmonisierung
also ziemlich teuer kommen wird.
Ein doppelter Blödsinn, betont So-
zialexperte Bernd Marin immer
wieder: Nur mehr männliche Aka-
demiker unter 55 könnten in der
Privatwirtschaft mehr lukrieren.
Und bei einer echten Harmonisie-
rung stünde den Beamten durch
die niedrigeren Rentenbeiträge oh-
nehin mehr Geld zur Verfügung.
Und das ihnen zustehende Jubiläums-
geld könne man leicht in eine Abfertigung umwandeln.

Als die Regierung den Arbeitern
und Angestellten 2003 die
Frühpension strich, konnte es
ihr nicht schnell genug gehen. Gleich-
zeitig schickte sie Hunderte Lehrer,
Polizisten und Ministerialbeamte, alles
flotte Fünfinger, in den Ruhestand.
Auch sonst genießen Beamte noch im-
mer einige Vorteile, von denen norma-
le Hackler nur träumen können: wie
etwa den hohen Kündigungs- und Ver-
setzungsschutz, der zwar Mutige vor
politischen Interventionen schützt,
aber auch faule Säcke vor dem Raus-
schmiss. Zum Dank stimmt ein bis-
schen mehr als die Hälfte der Staats-
diener für die ÖVP. Das aber auch,
weil bis in die Siebzigerjahre
hauptsächlich gebildete Bürgerkinder
beim Bund unterkamen.



Andrea Maria Dusch
2004.

Die mit Abstand treuesten ÖVP-
Wähler sind aber die Bauern. 95 Pro-
zent machen bei Wahlen ihr Kreuz bei
der Volkspartei. Und dafür sind sie im
Parlament wie keine andere Lobby
vertreten. Von 79 schwarzen Abgeord-
neten sind 17 Landwirte, dazu kom-
men zwei Raiffeisen-Manager, der
ehemalige Chefredakteur der *Tiroler
Bauernzeitung*, ein Förster, ein Forst-
verwalter. Der Klubobmann, Willi
Molterer, ist selbstverständlich auch
Bauernbündler. Und die Volkspartei
hegt und pflegt vor allem die Groß-
bauern wie keine andere gesellschaft-
liche Randgruppe.

Keine Frage, der Stand leidet unter
der Landflucht: Aktive und Pensions-
halter sich fast die Waage. Die Durch-
schnittsrente liegt bei gerade einmal
etwa 550 Euro. Insgesamt zahlen sich
die Landwirte nur ein Fünftel ihrer
Pensionen selbst, den Rest schießt der
Staat zu.

Auch bei der Krankenversicherung
ist er nicht kleinlich. Vor der Sommer-
pause beschlossen ÖVP und FPÖ
noch schnell eine kräftige Finanzsprit-
ze für die marode Bauernkasse. Die
Tabaksteuer auf jede vierte Zigarette
kommt nun den Landwirten zugute,
die gerade einmal 4,8 Prozent der Ver-
sicherten ausmachen – mit der eben-
falls sanierungsbedürftigen Wiener
Gebietskrankenkasse ging die Regie-
rung im Frühling weniger behutsam
um (siehe dazu Interview).

Bei der Steuerreform 2005 wieder-
um wurden die Bauern mit einem
50-Millionen-Euro-Steuerzucker be-
dacht. Sie können ihre Traktoren künf-
tig mit billigerem Agrardiesel tanken.
Da lief sogar der schwarze Autofahrer-
klub ÖAMTC heiß. Der Innsbrucker
Politikwissenschaftler Anton Pelinka
meint: „Überall tritt die ÖVP vehe-
ment für Privatisierung und Liberali-
sierung ein, doch die freie Marktwirt-

POLITIK 9

schaft endet, wo die Landwirtschaft
beginnt.“

Auch die Unternehmer werden von
der ÖVP verhätschelt. Sie zahlen
künftig 17 Prozent für die Pension.
„Wollte man sie wirklich wie die
ASVGler behandeln, müsste man aber
um die 21 Prozent von ihnen verlan-
gen“, hat sich SPÖ-Budgetsprecher
Christoph Matznetter ausgerechnet,
der als Steuerberater auch zu den
Selbstständigen zählt.

Von der Steuerreform profitie-
ren vor allem größere Betriebe.
Die Körperschaftssteuer von Akti-
engesellschaften und GmbHs
sinkt nächstes Jahr von 34 auf 25
Prozent. Rechnet man alle Ab-
schläge und Vergünstigungen ein,
die es sonst noch gibt, werden Ka-
pitalgesellschaften künftig nur
mehr um die 22 Prozent ihres Ge-
winns an den Staat abliefern müs-
sen. Konzernen kommt außerdem
die Einführung der Gruppenbe-
steuerung zugute, die es ihnen erlaubt,
die Gewinne und Verluste ihrer Toch-
tergesellschaften gegeneinander auf-
zurechnen, auch wenn diese im Aus-
land angesiedelt sind und so Steuern
sparen.

Für Klein- und Mittelbetriebe gab
es schon heuer ein Zuckerl. Für
Gewinne, die sich der Eigentü-
mer nicht auszahlt, sondern mit denen
das Unternehmen weiterwirtschaftet,
muss nur halb so viel Steuer bezahlt
werden wie früher. „Das bringt dem
kleinen Handwerker, der seinen
ganzen Gewinn dazu braucht, um sei-
ne Familie zu erhalten, nichts“, kriti-
siert Matznetter, „dem Immobilien-
händler, der dreißig gute Objekte im
Jahr verkauft, aber bereits schon.“

Ungerechtfertigte Privilegien der Ar-
beitnehmer wurden unter Kanzler

Fortsetzung nächste Seite